

DRINGLICHE INTERPELLATION
von Grossrätin (Suppl.) Laura Kronig, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), und
Mitunterzeichnenden betreffend Departement und Departementvorsteher weigern
sich, den Willen des Grossen Rates umzusetzen (11.12.2012) 3.170

Dringlichkeitskriterien

Aktualität des Ereignisses: In der Septembersession 2012 wurde das Postulat «OS-Gesetz: Weisung dem Gesetz anpassen» an den Staatsrat zur Ausführung überwiesen. Nun wurden die OS-Zentren von den Schulinspektoren angeschrieben, dass eine Umsetzung des Postulats für das Schuljahr 2013/2014 und offensichtlich auch für das darauffolgende Schuljahr nicht geplant sei. Lediglich eine Prüfung des Anliegens sei in Planung.

Unvorhersehbarkeit: Es war nicht damit zu rechnen, dass sich Departement und Departementvorsteher standhaft weigern, eine vom Grossen Rat getätigte und mehrmals bestätigte Entscheidung umzusetzen.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme: Die OS-Zentren beginnen in Kürze mit der Planung des kommenden Schuljahrs. Laut den OS-Zentren wäre organisatorisch sogar ein Wechsel auf das neue Semester hin möglich. Deshalb muss der zuständige Staatsrat zum jetzigen Zeitpunkt klar Stellung dazu nehmen.

In der Septembersession 2009 hat der Grosse Rat das neue OS-Gesetz verabschiedet. Dabei hielt er fest, dass die Zusammenstellung der Klassen für die erste Fremdsprache (L2) in der Kompetenz der Schulleitung liegt. Mit diesem Kompromiss trug man den unterschiedlichen Gegebenheiten, Schulkulturen und -verhältnissen in Ober- bzw. Unterwallis Rechnung.

In seinen Weisungen zum OS-Gesetz verlangt das DEKS, dass die Klassen für die L2-Lektionen zwingend in heterogenen Klassen gehalten werden müssen.

In der Septembersession 2012 überwies der Grosse Rat das Postulat «OS-Gesetz: Weisung dem Gesetz anpassen» zur Umsetzung an den Staatsrat. Er bestärkte und bestätigte damit seinen Willen, den er bereits im OS-Gesetz festgehalten hat: Es liegt in der Zuständigkeit der Schulleitung, die Klassen für die erste Fremdsprache (L2) heterogen oder homogen zusammenzusetzen.

In der Zwischenzeit wurden die OS-Zentren von den Schulinspektoren angeschrieben und dahingehend informiert, dass im kommenden Schuljahr 2013/2014 die Klassen für das Fach L2 nicht in homogenen Klassen zusammenstellt werden dürfen. Das Departement prüfe das Postulat und werde dann entscheiden, ob es umgesetzt werde oder nicht.

Diese letzte Aktion des Departements zeigt: Das DEKS weigert sich wiederholt und standhaft, den Willen des Grossen Rates umzusetzen. Doch der Grosse Rat als gesetzgebende Gewalt schafft und verabschiedet die Gesetze, der Staatsrat (mit seinen Departementen) als ausführende Gewalt hat diese entsprechend umzusetzen.

Schlussfolgerung:

Deshalb folgende Fragen an den zuständigen Staatsrat:

- Weshalb weigern sich Departement und Departementvorsteher, die Entscheidungen des Grossen Rates umzusetzen? Den Willen der gesetzgebenden Gewalt, welcher der Grosse Rat bei Behandlung und Verabschiedung des Gesetzes geäussert und mit der Überweisung des Postulats «OS-Gesetz: Weisung dem Gesetz anpassen» nochmals klar festgehalten und gestärkt hat.
- Ist er gewillt, die Kompetenz der Zusammensetzung der Klassen auf den Semesterwechsel hin an die Schulleitung zu übertragen und damit sowohl heterogene als auch homogene Klassen zuzulassen?
- Wird das Postulat «OS-Gesetz: Weisung dem Gesetz anpassen» auf das Schuljahr 2013/2014 umgesetzt? Wenn nein: Warum nicht? Bis wann wird es umgesetzt sein? Weshalb wird mit der Umsetzung zugewartet?

Sitten, den 11. Dezember 2012
(09.45 Uhr)

Laura Kronig, Grossrätin (Suppl.),
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)
und Mitunterzeichnende